

Tale  
Kiel, 15.11.2001

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## Arbeitsmarktbericht 2000 & Erfolgskontrolle ASH 2000

In der letzten Sozialausschusssitzung des Landtages präsentierte Staatssekretär Fischer das Programm für ASH im Jahr 2002. Hierzu legte er ein umfangreiches Papier vor, mit den Arbeitsergebnissen der Diskussion innerhalb des Ministeriums und mit den Trägern zu Revisionsgründen und -vorschlägen. Hintergrund ist zum einen die von der FDP immer geforderte Erfolgskontrolle, aber insbesondere die Evaluation der bisherigen ASH-Maßnahmen.

Ein Teil der im FDP-Antrag geforderten Aufklärung wird bereits durch dieses Papier geliefert. Insbesondere geht daraus hervor, welche Projekte bisher nicht realisierbar waren und eingestellt bzw. verändert werden. Problematisch ist jedoch weiterhin die Erfolgskontrolle, nämlich wie viele Personen tatsächlich für mehr als 6 Monate einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt erhielten.

Deshalb können wir dem Antrag der FDP insoweit zustimmen. Es soll eine Zusammenstellung erfolgen, und dies lässt sich ja auch ohne viel Aufwand bewerkstelligen, weil die Daten ohnehin im Ministerium zusammengestellt werden.

Das vom Ministerium vorgelegte Arbeitspapier ist gleichzeitig eine Grundlage für die durch die Landesregierung vorgeschlagene Kürzung im Bereich ASH. Dies ist unserer Ansicht nach der falsche Weg angesichts der jetzigen



Konjunkturlage und den steigenden Arbeitslosenzahlen. Ein Herunterfahren des Programms auf 27,5 Millionen DM nach den Vorstellungen der Landesregierung ist nicht erträglich. Die Landesregierung wird den Nachweis schuldig bleiben, dass sie mit 6,5 Millionen weniger als im Vorjahr dem Ziel gerecht werden kann, eine Verbesserung für die Menschen und deren Lebenssituation zu schaffen.

Das muss auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die Bemühungen im Rahmen des neuen ASH-Programms ohnehin schon zu sehr zurückgefahren worden sind. Schmalhans ist kein guter Arbeitsmarktpolitiker. Der SSW steht zu seiner Kritik, dass die starke Fokussierung auf die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt dazu führen kann, dass die Anstrengungen für nicht schnell vermittelbaren Personen zu wenig werden. Man darf aber nicht jene aufgeben, die nicht die dafür erforderlichen Grundvoraussetzungen mitbringen. Besonders problematisch ist auch, dass die betroffenen Personen innerhalb von 3 Jahren nur einmal gefördert werden können. Hier geht eine Chance verloren, die Erfolge, seien es auch Teilerfolge, zu stabilisieren und weiter zu entwickeln. Es macht wenig Sinn, dass die Betroffenen bestraft werden und den Kontakt zur Arbeitswelt so lange verlieren. Deshalb müssen Ausnahmen möglich sein.

Aber auch für diesen Bereich kann eine gründliche Evaluation Anhaltspunkte dafür geben, wie die noch vorhandenen Möglichkeiten für die im 2. Arbeitsmarkt befindlichen Personen verbessert werden können. Der SSW lehnt es ab, gerade in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und schlechter wirtschaftlicher Perspektiven diese Mittel derartig zu kürzen.

Was die einzelnen Maßnahmen für die Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern im Rahmen von ASH 21 betrifft, so überstiegen die Anmeldung in diesem Bereich das Budget um 100 %. Aus diesem Grund wurde durch das Ministerium eine Lösungsmöglichkeit für den weiteren Bestand dieses nachgefragten Bereiches gesucht und gefunden. Aber das ist nicht akzeptabel. Aus den Vorbemerkungen zu diesem Bereich ergibt sich, dass die Zielvereinbarungen nicht erreicht werden, weil die Vermittlung nicht individuell zielgerichtet und nicht am Bedarf des Arbeitsmarktes der Region orientiert erfolgte. □Das Ziel der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ist bei vielen Trägern nach wie vor unzureichend berücksichtigt,□ heißt es. Das Ministerium sollte überprüfen, ob sie tatsächlich die regionale Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes und die Beschäftigung von und mit besonders schwierigen Zielgruppenangehörigen angemessen berücksichtigt hat.

Die im Arbeitsmarktbericht enthaltenen Ausführungen zu ASH sind gut dargestellt und zeigen gleichzeitig auf, wie die Situation der Frauen



berücksichtigt wird. Die im Zusammenhang mit dem Papier zur ASH-Richtlinien-Revision genannten Zahlen über Teilnehmer zeigen, dass nicht einmal das Hauptziel erreicht bzw. ist aus den schriftlichen Unterlagen noch nicht erkennbar ist. Die hier von der FDP geforderte Evaluation ist notwendig.

Bei einigen Projekten der bisher geplanten ASH 2000 hat sich gezeigt, dass diese nicht praktikabel sind. Dies gilt für den Bereich Jobtransfer und der Beratung von Unternehmen. Dies zeigt, dass das gewählte Instrument im Rahmen der präventiven Arbeitsmarktpolitik in der geschaffenen Form nicht angenommen wird. Für mich erhebt sich hier die Frage, ob diese Instrumente wegen mangelnder Bekanntheit nicht nachgefragt wurden, oder ob die Bedingungen so schwer zu erfüllen waren, dass niemand ein Interesse zeigte. Das Ministerium schlägt vor, hier diese Programmteile bei den Maßnahme □Freie Förderung□ anzusiedeln, aber eine Lösung der Probleme des einzelnen ist hierdurch nicht erkennbar.

Der Arbeitsmarktbericht des Jahres 2000 setzt bedauerlicherweise nicht die positive Lagebeschreibung fort, die noch im Bericht für 1999 enthalten war. Insbesondere mussten die Prognosen, die noch im letzten Bericht sehr positiv waren, aufgrund der unerwarteten Konjunkturlage zurückgenommen und revidiert werden. Deshalb geht der Bericht mit dem Ausblick auf die Zukunft sehr viel vorsichtiger um.

Erfreulich ist, dass sich die Dynamik des Arbeitsmarkts im nördlichen Landesteil verbessert hat. Die relative und absolute Arbeitsplatzdynamik im Bereich des Arbeitsamtes Flensburg ist auch einmal eine gute Nachricht für die Region. Grundsätzlich hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr verringert und liegt auch unter den Vergleichszahlen in Westdeutschland. Bedauerlich ist aber, dass der Anteil der Jugendlichen an den allen Arbeitslosen nicht gesenkt werden konnte und immer noch oberhalb der Quote des Bundesgebiet West bewegt.

Der Hinweis auf die kommende Überalterung unserer Gesellschaft und die damit einhergehendes sinkendes Arbeitskräfteangebot wird zukünftig dazu führen, dass altersgerechte Gestaltung betrieblicher Arbeitsbedingungen und Qualifizierung zur notwendigen präventiven Arbeitsmarktpolitik aller Beteiligten führen muss. Hier gilt es auch offensiv über die zukünftige Gestaltung durch Zuwanderung nachzudenken.

